

URGENT ACTION

ANWALT VOR GERICHT

FIDSCHI

UA-Nr.: UA-095/2022 AI-Index: ASA 18/6187/2022 Datum: 8. November 2022 – vk

RICHARD NAIDU

Der Anwalt Richard Naidu muss wegen der friedlichen Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung mit einem hohen Bußgeld oder einer Gefängnisstrafe rechnen. Nachdem er in den Sozialen Medien auf einen Rechtschreibfehler hingewiesen hatte, der ihm in einem Gerichtsurteil aufgefallen war, muss sich Richard Naidu am 10. November nun in einer Anhörung wegen Missachtung des Gerichts verantworten. Seine strafrechtliche Verfolgung verletzt das Recht auf freie Meinungsäußerung. Jetzt hat die Generalstaatsanwaltschaft sogar mitgeteilt, dass Richard Naidus Anwalt eine ähnliche Anklage drohen könnte wegen Äußerungen, die er während der Vertretung seines Mandanten vor Gericht getätigt hat. Amnesty International fordert die zuständigen Behörden auf, die Anklage gegen Richard Naidu wegen Missachtung des Gerichts umgehend fallen zu lassen.

Richard Naidu, Anwalt aus Fidschi, wies in den Sozialen Medien auf einen Rechtschreibfehler in einem Gerichtsurteil hin. Nun läuft ein Verfahren wegen Missachtung des Gerichts gegen ihn. Der Rechtschreibfehler selbst ist nicht Bestandteil der Anklage. Das Verfahren in diesen Fall ist unangemessen, bestrafend und unnötig.

Der Fall von Richard Naidu stellt den jüngsten einer Reihe von Verfahren dar, die Amnesty International mit Sorge beobachtet: Anwält*innen, Gewerkschaftsführer*innen, führende Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, Journalist*innen und Akademiker*innen werden unter Berufung auf eine Reihe von Gesetzen zur Zielscheibe. Die Vorwürfe lauten u.a. auf Aufwiegelung, Missachtung des Gerichts, Verleumdung oder Verletzungen des Gesetzes über die öffentliche Ordnung (Public Order Act), des Gesetzes über die Entwicklung der Medienindustrie (Media Industry Development Act) und des Strafgesetzes (Crimes Act). In all diesen Fällen hatten die jeweiligen Anklagepunkte einen stark negativen Effekt auf die Meinungsfreiheit in Fidschi.

Besorgniserregend sind auch die Äußerungen zu Jon Apted, dem Anwalt von Richard Naidu. Auch Jon Apted könnte angeklagt werden, und das nur, weil er die Interessen seines Mandanten vertritt. Dies stellt eine unangemessene Einmischung in die Unabhängigkeit von Anwält*innen dar und untergräbt das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren des Angeklagten.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 27. Juni 2022 erhob der Generalstaatsanwalt von Fidschi wegen Missachtung des Gerichts Anklage gegen den erfahrenen Anwalt Richard Naidu. Dieser hatte in den Sozialen Medien auf einen Rechtschreibfehler in einem Gerichtsurteil hingewiesen: Im Dokument wurde das Wort „injection“ (Injektion) anstelle des Wortes „injunction“ (Anordnung) verwendet. Amnesty International und die Menschenrechtsorganisation CIVICUS glauben, dass die Anklage eine übermäßige und politisch motivierte Reaktion auf das Hinweisen auf einen Rechtschreibfehler in einem Gerichtsurteil ist und darüber hinaus das Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt.

Richard Naidu könnten eine hohe Geld- oder eine Gefängnisstrafe drohen, sollte er der Anklage für schuldig befunden werden.

Der Generalstaatsanwalt räumte ein, dass der von Richard Naidu entdeckte Fehler tatsächlich ein Rechtschreibfehler ist. Er erklärte jedoch, dass Richard Naidu mit seinem Post in den Sozialen Medien schaden wollte und andere Menschen dazu einladen würde, die Justizbehörden zu verspotten, und nannte Kommentare und Antworten von anderen Social-Media-Nutzer*innen. Amnesty International und CIVICUS sprechen sich gegen Verfahren wegen Missachtung des Gerichts oder ähnlicher Anschuldigungen aus, die seitens der Behörden dazu genutzt werden, um berechnete Kritik und den Meinungs- und Informationsaustausch zu unterdrücken, denn der Vorwurf der Missachtung des Gerichts oder ähnlicher Anschuldigungen ist nur waga definiert. Die Nutzung dieser Vorwürfe, um berechnete Kritik und den Meinungs- und Informationsaustausch zu unterdrücken, widerspricht dem

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Recht auf freie Meinungsäußerung und nicht erforderlich, um gerechtfertigte öffentliche Interessen zu schützen (wie z.B. den ordentlichen Ablauf eines Gerichtsverfahrens). Der Vorwurf der Missachtung des Gerichts wird auch häufig missbraucht und führt so zu hohen Geld- oder Freiheitsstrafen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist durch internationale Menschenrechtsstandards geschützt. Es erlaubt auch Äußerungen, die andere als kritisch ansehen, oder die Regierungseinrichtungen scharf kritisieren, einschließlich der Justizbehörden. Jede Einschränkung dieses Rechts, einschließlich der Androhung von Strafverfolgung und Bestrafung für die „Missachtung des Gerichts“, muss deshalb klar durch ein Gesetz abgedeckt sein und nachweislich erforderlich und angemessen sein für den Zweck des Schutzes spezifischer und gerechtfertigter öffentlicher Interessen oder der Rechte oder des Ansehens anderer.

Andere Gesetze, die zur Unterdrückung von Freiheiten herangezogen werden, sind gesetzliche Bestimmungen zur Aufwiegelung im Strafgesetz (Crimes Act) und des Gesetzes [erweiterte Fassung] über die öffentliche Ordnung von 2014 (Public Order [Amendment] Act 2014), mit denen bereits gegen Journalist*innen, Aktivist*innen und Regierungskritiker*innen vorgegangen wurde. Andere Paragraphen des Gesetzes über die öffentliche Ordnung (Public Order Act) werden herangezogen, um willkürlich friedliche Proteste einzuschränken.

Die strafrechtliche und verwaltungsrechtliche Verfolgung eines Anwalts, der in den Sozialen Medien korrekt auf einen Rechtschreibfehler in einem öffentlichen Gerichtsdocument hingewiesen hat, ist eine offensichtliche und unangemessene Verletzung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung. Es grenzt an Einschüchterung oder Drangsalierung.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie höflich dazu auf, das Verfahren wegen Missachtung des Gerichts gegen den Anwalt Richard Naidu einzustellen.
- Bitte reformieren Sie die Definition von Missachtung des Gerichts auf der Basis internationaler Menschenrechtsstandards, da die bisherige Definition ist nicht mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und dessen möglichen Einschränkungen vereinbar ist.
- Bitte sehen Sie von Kommentaren, Drohungen oder Einschüchterungsversuchen gegenüber Anwält*innen ab, die Angeklagte in durch die Regierung angestregten Verfahren vertreten.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

GENERALSTAATSANWALT VON FIDSCHI

Aiyaz Sayed-Khaiyum
Attorney General of Fiji
Level 9, Suvavou House, Victoria Parade
Suva, FIDSCHI
(Anrede: Dear Attorney General / Sehr geehrter Herr
Generalstaatsanwalt)
Fax: (00 679-) 330 5421
E-Mail: aiyazsayed-khaiyum@govt.fj

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK FIDSCHI

S.E. Herrn Deo Saran
Square Eugene Plasky 92-94
1030 Brüssel
BELGIEN
Fax: 0032-2 736 14 58
E-Mail: info@fijiembassy.be

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **22. November 2022** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- We call on you to immediately discontinue the proceedings for contempt of court against lawyer Richard Naidu.
- Reform contempt for 'scandalizing the court' on the basis that it is inconsistent with the right to freedom of expression and its permissible limitations under international human rights law.
- Refrain from comments, threats or intimidation against lawyers representing the accused in cases brought by the government.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Die jüngste Anklage wegen Missachtung des Gerichts untergräbt die Unabhängigkeit von Anwält*innen in Fidschi und den juristischen Berufszweig und damit auch das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren. All dies könnte einen erheblichen Negativeffekt auf die Meinungsfreiheit in Fidschi haben. Dabei hat die Regierung die Pflicht, zu gewährleisten, dass Anwält*innen ihren beruflichen Pflichten sicher und ohne Drohungen, Einschüchterungsversuche oder Drangsalierungen nachgehen können.

Die Nichtregierungsorganisation CIVICUS verfolgt mit ihrem Recherchetool CIVICUS Monitor den Zustand der Zivilgesellschaft und bürgerlicher Freiheiten in 196 Ländern. Die bürgerlichen Freiheiten in Fidschi werden im CIVICUS Monitor mit „beschränkt“ eingestuft.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

